Zeitschrift: Asiatische Studien : Zeitschrift der Schweizerischen Asiengesellschaft =

Études asiatiques : revue de la Société Suisse-Asie

Herausgeber: Schweizerische Asiengesellschaft

Band: 67 (2013)

Heft: 2: Ein neues Japan? Politischer und sozialer Wandel seit den 1990er

Jahren

Artikel: Okinawa und die Aussen- und Sicherheitspolitik der Hatoyama-

Administration

Autor: Vogt, Gabriele / Wiemann, Anna

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-391481

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

OKINAWA UND DIE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER HATOYAMA-ADMINISTRATION

Gabriele Vogt, Universität Hamburg Anna Wiemann, Universität Hamburg

Abstract

After its landslide victory in the Lower House elections of August 2009, the Democratic Party of Japan strove for change in Japan's foreign and security policies. Newly elected Prime Minister Yukio Hatoyama challenged the way the forward deployment of US military to Japan was being put into practice in Japan. This political conflict was symbolized in the stalling process of relocating the *US Marines Corps Air Station* of Futenma, which is located in Ginowan city, one of Okinawa Prefecture's most densely populated areas. Hatoyama vowed to work for a relocation of the Futenma units to a place outside of Okinawa Prefecture, while the US-side insisted on carrying out the relocation plan to Henoko, District of Nago in Okinawa, which was agreed upon in 2006 with the previous administration under the leadership of the Liberal Democratic Party of Japan. This paper investigates Hatoyama's negotiation efforts on the future of Futenma with the Obama administration on the one hand and with the local politicians and citizens of Okinawa on the other hand. The paper is a qualitative study following the concept of *Two-Level Games*. It will be argued that Okinawa became the symbol of the Hatoyama administration's struggle (and failure) to implement Japan's new foreign and security policy as an equal partner in the alliance with the US.

1 Einleitung

Die Regierungsübernahme der Demokratischen Partei Japans (DPJ) im August 2009 versprach auch einen außen- und sicherheitspolitischen Richtungswechsel in Japan einzuläuten. Der neugewählte Premierminister Hatoyama Yukio ¹ knüpfte den Erfolg seiner Administration ebenso wie sein eigenes politisches Schicksal an eine grundlegende Revision der japanischen Okinawa-Politik. In der japanischen Präfektur Okinawa sind zwei Drittel des in Japan auf der Grund-

1 鳩山由紀夫 (*1947); Mitglied des japanischen Unterhauses seit 1986; 2009 zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei Japans gewählt; Japans Premierminister von 16.09.2009 bis 02.06.2010.

lage des mit den USA geschlossenen Sicherheitsvertrages² stationierten US-Militär-Einheiten angesiedelt (OCK, 2010: 1-3). Hatoyama schrieb sich insbesondere die Implementierung der 1996 in bilateralen Gesprächen³ beschlossenen Verlegung des US-Marinestützpunkts Futenma aus der städtischen Region Ginowan an einen Ort außerhalb der Präfektur Okinawa auf die Fahnen. Die Verlegung des Stützpunktes Futenma war zwar 2006 in einem bilateralen japanischamerikanischen Abkommen, der sogenannten Roadmap for Realignment Implementation (Saihen jisshi no tame no Nichibei no rōdomappu 再編実施のための 日米のロードマップ)4 bekräftigt worden; allerdings wurde dabei als Ersatzstandort die Küstenregion von Henoko im Regierungsbezirk Nago und damit eine Region innerhalb der Präfektur Okinawa – allen lokalen Protesten (Vogt, 2005a) zum Trotz – benannt (MOFA, 2006). Der in den Gesprächen von 1996 noch zentrale Gedanke, durch eine Verlegung des Stützpunktes Futenma eine grundlegende Entlastung der Bevölkerung Okinawas herbeizuführen, war damit hinfällig geworden. Die Auswahl des Standorts Henoko zu revidieren bei gleichzeitiger Auflösung des Stützpunktes Futenma in Ginowan sollte zum zentralen Baustein der neuen Okinawa-Politik Hatoyamas werden. Dazu mußte ein neuer möglicher Standort für den Stützpunkt außerhalb der Präfektur Okinawa gefunden werden. Dieses Unterfangen erwies sich als "gordischer Knoten", den der Premierminister nicht zu zerschlagen imstande war. Im Juni 2010 trat Hatoyama von seinem Amt zurück – auch aufgrund seines Scheiterns in der Okinawa-Frage (TG, 02.06.2010).

Die hier vorliegende qualitative Studie beleuchtet die Okinawa-Politik der zehnmonatigen Hatoyama-Administration 2009/10 anhand des Konzepts der Two-Level Games (Regieren auf zwei Ebenen) nach Robert D. Putnam sowie mit Erweiterungen nach Andrew Moravcsik und Peter F. Trumbore. Das Scheitern der Hatoyama-Administration, so wird argumentiert, ist begründet im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, konkret im Unvermögen der Administration, zwei gegensätzliche Ansprüche dieses Politikfelds miteinander in Einklang zu bringen. Einerseits den Anspruch der USA, an Japan als engem Bündnispartner

- 2 Artikel VI des japanisch-amerikanischen Vertrags über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit (Treaty of Mutual Cooperation and Security between Japan and the United States of America, 日米総合協力及ぶ安全保障条約) in seiner revidierten Fassung von 1960 (MOFA, 1960a).
- 3 Dazu den Abschlussbericht des bilateralen *Special Action Committee on Okinawa* (SACO) vom 02.12.1996 (MOFA, 1996).
- 4 In den japanischen Medien verbreitet ist die folgende Abkürzung: Zainichi beigun saihen 在 日米軍再編.

festzuhalten bei, andererseits, gleichzeitigen Bestrebungen der Hatoyama-Administration – einem starken innenpolitischen Druck aus Okinawa folgend – den *status quo* der Allianz, manifestiert insbesondere in den Stationierungsmodalitäten des US-Militärs in Japan, in Frage zu stellen und darüber hinaus alternative Sicherheitsmodelle, etwa engere Kooperationen in der Region Asien-Pazifik voranzutreiben. Okinawa wurde damit 2009/10 zum symbolischen Austragungsort einer sich verschärfenden Grundsatzdebatte der japanischen Außenpolitik um US-Bindung oder (sicherheits-)politische Regionalisierung in Asien.⁵

2 Das Modell der Two-Level Games

Der Ansatz der Two-Level Games stellt als spieltheoretische Modellierung eine Erweiterung der in der Tradition des Neoinstitutionalismus der internationalen Beziehungen stehenden Interdependenztheorie dar. Interdependenz bezeichnet dabei die gegenseitige Abhängigkeit von Staaten untereinander: je mehr internationale Beziehungen ein Staat unterhält – in der Regel eine Folge von Modernisierungsbestrebungen, verbunden mit einem intensivierten wirtschaftlichen Austausch zwischen den Staaten -, desto umfassender seine Interdependenzstrukturen (Jackson / Sørensen, 2003: 112). Aufbauend auf diese Grundannahme entwickelten die Politikwissenschaftler Robert Keohane und Joseph S. Nye (1987) die Idee der komplexen Interdependenz und schufen damit die Grundlage für Gedankenmodelle der Pluralisierung von Politik in Mehr-Ebenen-Systemen: Beziehungen zwischen Staaten werden nicht mehr allein von Staatsführern gestaltet, sondern werden vielmehr auf verschiedenen politischen Ebenen von einer Vielzahl von Akteuren geprägt. Neben staatlichen Akteuren werden internationale Beziehungen auch von individuellen und kollektiven nicht-staatlichen Akteuren beeinflusst (Benz, 2004).

Der Ansatz der Two-Level Games wurde in den 1980er Jahren vom Politikwissenschaftler Robert D. Putnam entwickelt und ermöglicht im Sinne der komplexen Interdependenz das methodische Einbeziehen der innenpolitischen Ebene in die Analyse internationaler Beziehungen. Putnams Hypothese dabei ist, dass nationale und subnationale Akteure danach streben, ihre Interessen gegenüber der Nationalregierung durchzusetzen; teils kommt es dabei zu Koalitionsbildung unter diesen Individuen und Gruppen, welche auf Machterhalt und

5 Zu dieser Grundsatzdebatte beispielsweise BERGER / MOCHIZUKI / TSUCHIYAMA, 2007, KATZENSTEIN / SHIRAISHI, 2006, sowie SAMUELS, 2007.

-mehrung abzielt. Auf der internationalen Ebene sind die Nationalregierungen wiederum bestrebt, ihren Handlungsspielraum zur Durchsetzung von nationalen Interessen auszubauen. Sie sind dabei eingeschränkt durch die Vorgaben der innenpolitisch einflussreichen Gruppen. Die zentralen Handlungsträger, insbesondere die Regierungschefs, müssen somit ihr Handeln stets an den Konsequenzen für beide Ebenen orientieren (Putnam, 1988: 434).

Putnam bezeichnet die Bandbreite aller möglichen auf der nationalen Ebene ratifizierbaren Abkommen als win-set. Dabei gilt: je größer das win-set desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen geschlossen wird. Denn ein Abkommen ist nur möglich, wenn die win-sets beider Seiten Überschneidungen aufweisen. Die Größe eines win-sets wird durch die Interessen und die Machtverteilung der (sub-)nationalen Gruppen, durch die nationalen politischen Institutionen und durch die Strategie des Verhandlungsführers bestimmt (Putnam, 1988: 447).

Das Modell der strategischen Handlungsmöglichkeiten in Two-Level Games nach dem Politikwissenschaftler Andrew Moravcsik (1993) knüpft an dieses Konzept der win-sets an und stellt die Interaktionen zwischen den beteiligten Verhandlungspartnern ins Zentrum der Analyse. Es fasst die Möglichkeiten der Interaktion zwischen dem Verhandlungsführer und seiner nationalen Wählerschaft, den Verhandlungsführern untereinander, sowie die Möglichkeiten der Einflussnahme des Verhandlungsführers auf die nationale Ebene seines Gegners und die Interaktion zwischen beiden nationalen Konstituenten zusammen. Nach Moravesiks Modell versuchen alle beteiligten Akteure, die win-sets ihrer Gegner aber auch ihr eigenes zu beeinflussen. Verhandlungsführer haben generell ein Interesse daran, das win-set ihrer Gegner zu erweitern, da sie so die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung ihrer eigenen Ziele erhöhen. Was ihr eigenes win-set betrifft, so ist zwar ein großes win-set vorteilhaft bei der Ratifizierung des Abkommens, es schwächt aber gleichzeitig die eigene Ausgangsposition in den Verhandlungen. Auch nationale und subnationale Gruppen versuchen in Two-Level Games Einfluss zu nehmen, indem sie etwa danach streben auf der nationalen Ebene eine Vormachtstellung aufzubauen oder indem sie transnationale Allianzen mit (sub-)nationalen Gruppen der Gegenseite bilden, durch die sie die nationale Unterstützung des Verhandlungsgegners zu stärken oder zu schwächen trachten (Moravesik, 1993: 32). Es ergibt sich damit folgendes Bild der Handlungsmöglichkeiten:

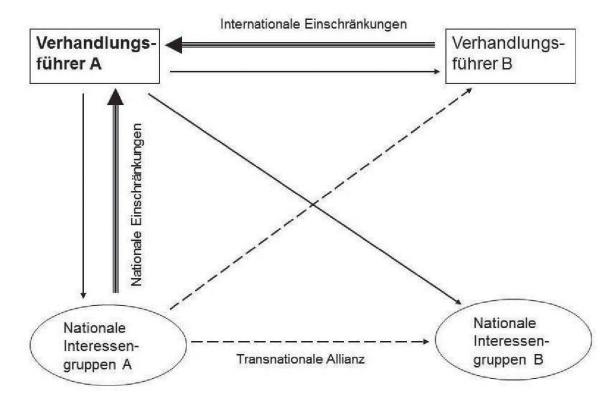


Abbildung 1: Strategische Handlungsmöglichkeiten in Two-Level Games aus der Sicht des Staates A Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Moravcsik (1993: 32).

Neben politischen Interessengruppen kann in *Two-Level Games* auch die öffentliche Meinung in den verhandelnden Staaten entscheidend die Handlungsspielräume der Verhandlungspartner beeinflussen. Die öffentliche Meinung kann zu einem Hindernis werden, wenn es einen relevanten Unterschied zwischen den Präferenzen der Öffentlichkeit und den Präferenzen des Entscheidungsträgers gibt, so der Politikwissenschaftler Peter F. Trumbore (1998). Somit hat die öffentliche Meinung insbesondere zu Beginn des Verhandlungsprozesses großen Einfluss, denn sie steckt die äußeren Grenzen des *win-sets* ab. Auch gilt, je höher das Politisierungs- und Mobilisierungspotential des verhandelten Themas, desto entscheidender die öffentliche Meinung für die Verhandlungen (Trumbore, 1998: 549). Ebenso lässt sich feststellen, dass die öffentliche Meinung insbesondere in außen- und sicherheitspolitischen Fragen sensibel auf die Handhabung der Probleme durch den Verhandlungsführer reagiert (Trumbore, 1998: 550).

Der vorliegende Aufsatz wird dem Ansatz der *Two-Level Games* folgend die Verhandlungen der Hatoyama-Administration mit einerseits der Administration des im Jahr zuvor (2008) gewählten US-Präsidenten Barack Obama und

andererseits den innenpolitischen Interessengruppen Japans beleuchten. Zu den innerjapanischen Interessengruppen zählen dabei allen voran Hatoyamas Partei (DPJ) und die Sozialdemokratische Partei Japans (SDP) als zentraler Koalitionspartner der Hatoyama-Administration. Ebenso die Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) als größte Oppositionspartei, die Ministerialbürokratie und dabei insbesondere das Außen- und das Verteidigungsministerium. Auf subnationaler Ebene griff schließlich die Präfekturregierung Okinawas ebenso wie lokale zivilgesellschaftliche Gruppen meinungsbildend in die Verhandlungen ein. Auch die japanische Öffentlichkeit zeigte sich bei diesem Thema stark polarisiert. Das auf diese theoriegeleiteten Vorüberlegungen unmittelbar folgende Kapitel 3 liefert Hintergrundinformationen zu den bestehenden Interdependenzstrukturen zwischen Okinawa, Japan und den USA; Kapitel 4 fokussiert sich auf die Position der im Jahr 2009 neuen Regierungspartei DPJ in der Okinawa-Frage und eröffnet damit die innenpolitische Perspektive auf das Potential zu einer Revision der Okinawa-Politik. Im anschließenden Kapitel 5 wird der thematische Fokus nochmals enger gesetzt und die Verhandlungen zum aktuellen Streitpunkt, nämlich der Verlegung des Stützpunktes Futenma, rücken ins Zentrum der Aufmerksamkeit, bevor schließlich in Kapitel 6 gezeigt wird, welcher Mechanismen der Two-Level Games sich die Hatoyama-Administration in den Verhandlungen bediente. Das Fazit folgt in Kapitel 7. Es wird argumentiert, dass die Hatoyama-Administration an ihrem hoch gesteckten Ziel einer "Lösung" der Okinawa-Frage scheiterte, da die gebündelten Interessen, die win-sets der Verhandlungsführer zu keiner Übereinstimmung fanden. Gleichzeitig wird deutlich, dass die für Japan in sicherheitspolitischer Hinsicht so zentrale Präfektur Okinawa es abermals – das erste Mal wieder seit der Renaissance der Friedensbewegung Mitte der 1990er Jahre (Vogt, 2003) - vermochte, die Tagesordnung der japanisch-amerikanischen Beziehungen zu dominieren, jedoch – auch dies zum wiederholten Male – ohne selbst davon realpolitisch zu profitieren, d.h. insbesondere ohne eine grundlegende Revision der japanischen Stützpunktpolitik hervorzurufen. Okinawa symbolisierte darüber hinaus erneut die Schwierigkeit der japanischen Politik, sich von den Vorgaben der US-Außenpolitik zu emanzipieren.6

Ein erster Versuch der Emanzipation von der US-Außenpolitik geht zurück auf Japans Positionierung in der China/Taiwan-Frage der späten 1960er Jahre (ACHENBACH, 2012).

3 Die Interdependenzstrukturen: Okinawa, Japan und die USA

Das Geflecht der Beziehungen zwischen den beiden Nationalstaaten USA und Japan sowie, als drittem Akteur im Sinne der *Two-Level Games* der japanischen Präfektur Okinawa ist geprägt von gegenseitigen Interdependenzen. Im Kern der Interdependenzstrukturen steht das Land Okinawas, welches in einem mehrstufigen Pachtverfahren (Vogt, 2003: 71–79) der japanischen Nationalregierung zur Verfügung gestellt wird. Diese wiederum reicht es an die USA zur militärischen Nutzung weiter. Im Gegenzug dazu besteht die US-Sicherheitsgarantie an Japan⁷ und Finanzhilfen seitens der japanischen Nationalregierung an die Präfektur Okinawa.⁸ Zur Verdeutlichung der Hintergründe des gegenwärtigen Disputs um die Verlegung des Stützpunktes Futenma sei diesem Teil der Interdependenzstrukturen in den folgenden Absätzen dieses Kapitels weitere Aufmerksamkeit geschenkt: zunächst aus der Perspektive der Nationalregierungen, dann aus der Perspektive der Präfektur und schließlich konzentriert auf die neuesten Verhandlungsschritte zwischen den beteiligten Partnern.

Der sicherheitspolitische Handlungsspielraum der japanischen Regierung ist durch Artikel IX der japanischen Verfassung eingeschränkt. Im sogenannten Friedensartikel verzichtet Japan auf das Recht Krieg zu führen und ein Militär zu unterhalten (KKT, 2004). Die nationale Sicherheit wird seitens der USA garantiert, zunächst im bilateralen Sicherheitsvertrag von 1951 (Hughes, 2004: 22), später im japanisch-amerikanischen Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit von 1960 (MOFA, 1960a). Japan stellt nicht nur das Land für die Stützpunkte bereit, sondern trägt unter dem Schlagwort des omoiyari yosan (思 いやり予算, host nation support, Sympathiebudget) auch die Bau- und Unterhaltskosten für die Stützpunkte und kommt darüber hinaus für die Pachtzahlungen an die Landbesitzer auf. Japan schultert heute etwa drei Viertel der Gesamtkosten der Stationierung der amerikanischen Truppen in Japan (Chanlett-Avery / Cooper / Manyin, 24.03.2011: 10). Für die USA ist es demnach ökonomischer, Truppen in Japan zu stationieren als im Heimatland. Dazu kommt die geostrategisch zentrale Rolle der Sicherheitsallianz mit Japan für die USA; von den Militärbasen in Okinawa ließen sich sogenannte "regional trouble spots" (U.S. GAO, 1998: 5) wie die koreanische Halbinsel oder Taiwan schnell erreichen. Die Allianz stellt damit einen "anchor of the U.S. security role in East

Artikel V des japanisch-amerikanischen Vertrags über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit (MOFA, 1960b).

⁸ Einen Überblick über bisherige Finanzhilfen bietet Vogt, 2003: 138–156.

Asia" (Chanlett-Avery / Cooper / Manyin 24.03.2011: i) dar und ist Teil der amerikanischen "strategy of national commitment, forward deployment, and regional engagement" (Giarra, 1999: 115) in Ostasien. Das Bündnis mit Japan garantiert den USA – in ihrer eigenen Wahrnehmung –, dass sie trotz einer zunehmenden Bedeutung Chinas und Indiens der bedeutendste unter den *global players* der internationalen Politik bleiben (U.S. DoD, 2010: iii).

Von allen in Japan operierenden US-Truppen sind derzeit etwa 68,4% in der Präfektur Okinawa, welche lediglich 0,6% des japanischen Territoriums ausmacht, stationiert. Im September 2009 lebten etwa 25.000 Soldaten und ihre etwa 19.000 Angehörigen in Okinawa. Die Stützpunkte nehmen eine Fläche von 10,2% der Gesamtfläche der Präfektur ein (OCK, 2010: 1–3). Diese hohe Militärpräsenz hat soziale, ökologische und ökonomische Konsequenzen für die Präfektur. Im Jahr 1995 kam es zu einer großen Protestwelle gegen die amerikanische Militärpräsenz in Okinawa. Der Auslöser dafür war die Vergewaltigung eines 12-jährigen okinawischen Schulmädchens durch drei amerikanische Soldaten im September des Jahres. Die Ziele dieser neuen Protestwelle, die von verschiedensten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen getragen wurde (Tanji, 2006: 154–155; Vogt, 2012: 21–28), waren eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in Okinawa, eine bessere Verteilung der aus dem Sicherheitsvertrag mit den USA erwachsenen Lasten unter den Präfekturen Japans und der baldige Abzug des amerikanischen Militärs (Vogt, 2003: 58).

Die massiven präfekturweiten Proteste Okinawas führten im November 1995 zur Einsetzung des *Special Action Committee on Okinawa* (SACO), eines japanisch-amerikanischen bilateralen Gremiums, welches Empfehlungen zur Reduzierung der Lasten, denen sich die Präfektur Okinawa durch die große Präsenz des US-Militärs ausgesetzt sah, ausarbeiten sollte (MOFA, 1996). Im Dezember 1996 veröffentlichte das SACO seinen Abschlussbericht, der eine Rückgabe von 21% des Stützpunktlandes in Okinawa an ihre eigentlichen Besitzer vorsah – darunter auch der Marineluftwaffenstützpunkt Futenma. Gleichzeitig wurde die Auflösung Futenmas jedoch an den Bau eines geeigneten Alternativstützpunktes geknüpft, der dessen Funktionen voll übernehmen konnte. Schon während der Verhandlungen des SACO war von US-amerikanischer Seite der Distrikt Henoko der Stadt Nago im Norden der Hauptinsel Okinawas ins Gespräch gebracht

Der Stützpunkt Futenma ist einer der größten Marineluftwaffenstützpunkte in Japan. Er erstreckt sich über 500 Hektar in Mitten der dichtbesiedelten Stadt Ginowan (88.000 Einwohner). In der Vergangenheit kam es hier aufgrund der Nähe zu den Häusern der Anwohner wiederholt zu Manöverunfällen (PAJON, 2010: 13–14).

worden. Anfang 1997 bestätigte die japanische Regierung dies und suchte nach Zustimmung zu den Plänen. Im Gegenzug zur Akzeptanz des Stützpunktbaus in Henoko versprach sie der Präfektur hohe Wirtschaftsförderungen (Brooks, 2010: 19-22). Um den Jahreswechsel 1999/2000 schließlich akzeptierten sowohl der Gouverneur Okinawas, Inamine Kei'ichi, als auch der Bürgermeister Nagos, Kishimoto Takeo, beide LDP-Politiker, den Wunsch des damaligen Premierministers Obuchi Keizō, ebenfalls LDP, als Ersatz für den aufzulösenden Stützpunkt Futenma einen sogenannten Heliport, eine der Küste vorgelagerte Start- und Landebahn für Militärflugzeuge und -helikopter in der Küstenregion Henoko bauen zu lassen. Damit stimmten erstmals in der Geschichte okinawische Lokalpolitiker einem Stützpunktneubau zu (Vogt, 2005b: 258–260). Administrative und im Laufe der Zeit erneut auch wieder politische Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Pläne ebenso wie starke Proteste der okinawischen Bürger (Vogt, 2005a) führten zu einer Verzögerung bei der Ausarbeitung der konkreten Verlegungspläne Futenmas. Erst 2006 im Rahmen der Roadmap for Realignment Implementation wurden diese letztlich verabschiedet. Die Roadmap sah den Stützpunktbau in Henoko bis 2014 vor; im Gegenzug sollten 8.000 Soldaten der Eliteeinheit der Marines von Okinawa nach Guam verlegt werden. Die Kosten sowohl für den Bau des neuen Stützpunktes als auch für die Verlegung der Marines sollten von Japan übernommen werden (MOFA, 2006). Der Inhalt der Roadmap mobilisierte einmal mehr den lokalen Widerstand (Brooks, 2010: 91–92). Dennoch unterzeichneten Japan und die USA als rechtlich bindendes Abkommen noch im Februar 2009, ein halbes Jahr vor dem japanischen Regierungswechsel, das sogenannte Guam Agreement (Zaiokinawa kaiheitai no Guamu isetsu ni kakaru kyōtei 在沖縄海兵隊のグアム移設に係る 協定; MOFA, 2009), das in seinem Inhalt die Roadmap abermals bekräftigte. Damit waren der neuen Administration unter DPJ-Führung in der Okinawa-Frage von Beginn an symbolpolitisch die Hände gebunden.

4 Die DPJ und Okinawa

Die Unterhauswahlen am 30. August 2009 endeten für die DPJ mit einem "Erdrutschsieg" (Köllner, 2009: 1). Die DPJ gewann mit 308 der 480 Sitze im Unterhaus die absolute Mehrheit (YS, 31.08.2009). Der Wahlkampfslogan seikenkōtai 政権交代 (Regierungswechsel), mit dem die DPJ 2009 für sich warb, versprach einen Bruch mit der bisherigen Struktur der japanischen Politik. Für Japans

Außenbeziehungen bedeutete dies zweierlei: Zwar sollte die Partnerschaft mit den USA weiterhin das Fundament der Außenpolitik sein, sich aber in Zukunft gleichberechtigter gestalten. Um die enge Interdependenz zwischen Japan und den USA zu relativieren, sollte Japan darüber hinaus im Rahmen einer *East Asian Community* – nach dem Vorbild der Europäischen Union – ein eigenes außenpolitisches Profil entwickeln. Mit diesen beiden Prozessen sollte eine Revision des SOFA und eine Neuverhandlung der *Roadmap* von 2006 einhergehen (DPJ, 2009: 22).

Im Laufe des Wahlkampfes von 2009 wurde die Verlegung des Stützpunktes Futenma zu einem der politischen Hauptthemen (Pohl, 2010: 27). Doch bereits im Jahr 2002 hatte die Partei die sogenannte *Minshutō 21 seiki Okinawa Bijon* 民主党 2 1 世紀沖縄ビジョン (DPJ Okinawa Vision für das 21. Jahrhundert) veröffentlicht. Überarbeitete Versionen erschienen in den Jahren 2005 und 2008. In der *Okinawa Vision* von 2008 forderte die DPJ die Verringerung der amerikanischen Stützpunkte bei gleichzeitigem Aufbau einer sich selbst tragenden Wirtschaft, unter anderem auch gefördert durch den Stimulus eines Ausbaus Okinawas als Zentrum von Wissenschaft und Forschung (DPJ, 2008: 3–18). Unter dem Stichpunkt "Verringerung der amerikanischen Stützpunkte" forderte das Papier konkret eine Verlegung des Stützpunktes Futenma an einen Ort außerhalb der Präfektur, im Idealfall an einen Ort außerhalb des Landes (DPJ, 2008: 4). Kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Partei im Mai 2009 nahm Hatoyama das Thema Futenma in den Wahlkampf auf. So versprach er im Juli 2009 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Okinawa (*RS*, 20.07.2009):

Wenn alle Okinawer bezüglich einer Verlegung [Anm.: Futenmas] außerhalb der Präfektur das Gleiche empfinden, dann müssen wir das Minimalziel einer Verlegung außerhalb der Präfektur aktiv vorantreiben.

県外移設に県民の気持ちが一つならば、最低でも県外の方向で、われわれも積極的 に行動を起こさなければならない.

Um sich auch im Oberhaus eine Mehrheit der Sitze zu sichern, trat die DPJ drei Tage nach ihrem Wahlsieg bei den Unterhauswahlen 2009 in Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei Japans (SDP) und der People's New Party (PNP; AS, 03.09.2009a). Als Ergebnis der Verhandlungen, in denen sich vor allem die SDP unbeugsam für die Reduzierung der Lasten in Okinawa einsetzte, wurde im Koalitionsvertrag schließlich die folgende Formulierung als politische Zielsetzung für die Hatoyama-Administration festgeschrieben (DPJ, 09.09.2009: 4):

[...] zur Reduzierung der Lasten der Bürger Okinawas werden wir eine Revision des *Status* of Forces Agreements vorschlagen und wir werden Maßnahmen zur Überprüfung der Roadmap for Realignment Implementation und der U.S.-Stützpunkte in Japan ergreifen.

[...] 沖縄県民の負担軽減の観点から、日米地位協定の改定を提起し、米軍再編や在日米軍基地のあり方についても見直しの方向で臨む。

5 Die Verhandlungen in der Futenma-Frage

Die neue außenpolitische Zielsetzung der frisch gewählten japanischen Regierung stieß mit ihrem zentralen Credo – der angestrebten Verlegung Futenmas an einen Ort außerhalb der Präfektur Okinawa – erwartungsgemäß auf Widerstand beim amerikanischen Bündnispartner, welcher die Neuaufnahme der Verhandlungen um den Ersatzstandort für den Stützpunkt Futenma kategorisch ablehnte und auf der Durchführung der *Roadmap* nach dem darin festgehaltenen Zeitplan bestand. Was folgte, war ein Verhandlungsmarathon um die Anpassung der *Roadmap* von 2006 an die Forderungen Okinawas zwischen den Administrationen Hatoyamas und Obamas, der in den kommenden Absätzen in seinen entscheidenden Schritten nachgezeichnet wird.

Die Verhandlungen lassen sich entlang der Handlungsabläufe der japanischen Regierung in vier Phasen einteilen. Die erste Phase der Verhandlungen war geprägt von Versuchen, einen Zeitplan aufzustellen, in dessen Rahmen die Futenma-Frage gelöst werden könnte und sollte. Dies stellte eine Priorität dar, da die *Roadmap* die Verlegung Futenmas bis 2014 vorsah und die Vorbereitungen dazu getroffen werden mussten. In der zweiten Phase suchte die japanische Regierung nach einem konsensfähigen Alternativplan zur vorgesehenen Verlegung nach Henoko. Am Ende dieser Phase präsentierte die japanische Regierung verschiedene mögliche Pläne, zu denen sie in der dritten Phase Zustimmung zu gewinnen versuchte. Als diese Bemühungen scheiterten, ging die japanische Regierung schließlich in Phase vier auf die Forderungen der US-Seite ein und schloss die Verhandlungen mit einer gemeinsamen Erklärung, welche die *Roadmap* von 2006 abermals bekräftigte.

Direkt zu Beginn der ersten Phase der Verhandlungen machten die USA ihre Position in Bezug auf die Verlegung Futenmas deutlich: die *Roadmap* solle wie geplant durchgeführt werden (AS, 03.09.2009b). Angesichts eines geplanten Japan-Besuchs Präsident Obamas im November 2009, erhöhten die USA im Oktober den Druck, mit dem sie auf Einigkeit in dieser Frage drängten (YS,

14.10.2009). U.S.-Verteidigungsminister Robert Gates drohte, dass ohne einen gleichwertigen Alternativstützpunkt zu Futenma auch die im Paket angekündigte Verlegung der 8.000 Marines nach Guam hinfällig würde (TDY, 22.10.2009). Als sich Anfang November noch keine Lösung abzeichnete, lenkten die USA ein Stück weit ein und anlässlich der Japan-Reise Obamas stimmte sie der Einrichtung einer bilateralen Arbeitsgruppe zu, die Lösungsvorschläge zu diesem Konflikt erarbeiten sollte (AS, 14.11.2009). Anfang Dezember jedoch erhöhten die USA erneut den Druck auf Japan und drohten mit Konsequenzen bei den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der japanisch-amerikanischen Allianz im Januar 2010 (AS, 09.12.2009). Ende Dezember reiste U.S.-Außenministerin Hillary Clinton nach Japan und bekräftigte abermals den amerikanischen Standpunkt (TDY, 23.12.2009). Im Kabinett Hatoyama traten in dieser Verhandlungsphase unterschiedliche Vorstellungen bezüglich des Zeitplans zur Lösung des Problems zutage: So sprach sich Außenminister Okada Katsuya (DPJ) für eine Lösung noch vor Obamas geplantem Besuch aus, Hatoyama jedoch war daran gelegen, das Zeitfenster so groß wie möglich zu halten (JU, 29.10.2009). Anlässlich des Japan-Besuchs des amerikanischen Präsidenten bat Hatoyama diesen um sein Vertrauen (*TJT*, 20.11.2009). Ende November drängten Außenminister Okada und Verteidigungsminister Kitazawa Toshimi (DPJ) darauf, vor Jahresende eine Lösung zu finden. Hatoyama bestand jedoch auch aufgrund des Drucks seines Koalitionspartners, der SDP – sie drohte die Koalition zu verlassen – darauf, sich mehr Zeit zu lassen (AS, 01.12.2009b). Daraufhin gab Hatoyama bekannt, dass er das Problem bis Ende Mai 2010 lösen wolle (AS, 15.12.2009). In Okinawa stiegen indes die Hoffnungen auf eine schnelle Verlegung Futenmas. Nakaima Hirokazu (parteilos, LDP-nahe), der Gouverneur Okinawas, hielt jedoch eine schnelle Verlegung nach Henoko noch für eine gute Option (AS, 19.09.2009). Auch Shimabukuro Yoshikazu (parteilos)¹⁰, Bürgermeister der Stadt Nago, befürwortete die Verlegung in seine Stadt. Der Bürgermeister der Stadt Ginowan, Iha Yōichi (parteilos)¹¹, in der der Stützpunkt Futenma liegt, forderte jedoch eine Verlegung des Stützpunktes an einen Ort außerhalb Okinawas (JU, 02.10.2009). 12 Am 08. November 2009 fand in

¹⁰ Shimabukuro Yoshikazu erfuhr im Wahlkampf und während seiner Administration Unterstützung von der LDP und der New Komeitō.

¹¹ Iha Yōichi erfuhr über lange Jahre Unterstützung von der SDP, der Japanese Communist Party und der Okinawa Social Mass Party.

¹² Zum Thema der Solidarität zwischen einzelnen Lokalpolitikern und/oder zivilgesellschaftlichen Gruppen Okinawas auch VOGT, 2005a.

Ginowan eine Demonstration mit 21.000 Teilnehmern statt, die ihr "Nein" zur Verlegung nach Henoko bekräftigten.

Zu Beginn der zweiten Verhandlungsphase entspannten sich die Beziehungen zwischen Japan und den USA graduell. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der japanisch-amerikanischen Allianz betonten die beiden Länder die Wichtigkeit des Sicherheitsvertrages. So akzeptierte die amerikanische Außenministerin die von Hatoyama gesetzte Mai-Deadline zur Lösung des Problems (AS, 13.01.2010). Als die japanische Regierung im März 2010 den USA einen ersten Alternativplan zu Verlegung präsentierte, traf sich Kurt Campbell, der stellvertretende US-Außenminister, mit Oppositionsmitgliedern der LDP und zeigte sich besorgt ob einer Gefährdung der bilateralen Beziehungen, sollte das Problem bis Ende Mai nicht gelöst werden (TDY, 07.03.2010). Die Anerkennung der Mai-Deadline durch die amerikanische Seite ermöglichte es der japanischen Regierung nach Alternativstandorten für Futenma zu suchen. Doch an jedem Ort, der in die Diskussion kam, regte sich sofort heftiger Widerstand und die LDP forderte Hatoyamas Rücktritt, sollte er seine selbstgesetzte Frist nicht einhalten können (AS, 07.03.2010). Auch der Koalitionspartner SDP kritisierte jeden Vorschlag, der eine Verlegung des Stützpunktes innerhalb Japans enthielt und drohte wiederholt, die Koalition zu verlassen (AS, 29.03.2010). Die amerikanische Seite lehnte alle Alternativvorschläge ab. In Okinawa stieg unterdessen der Widerstand gegen eine Verlegung innerhalb der Präfektur. So wurde im Januar 2010 in der Stadt Nago ein neuer Bürgermeister gewählt. Dabei unterlag Shimabukuro Yoshikazu, Befürworter des Henoko-Plans dem Gegenkandidaten Inamine Susumu, einem erklärten Gegner des Stützpunktbaus im Regierungsbezirk Nago (TJT, 26.01.2010). Als schließlich im Februar eine Verlegung innerhalb der Präfektur immer wahrscheinlicher erschien, verabschiedete das Präfekturparlament in Okinawa geschlossen eine Resolution für eine Verlegung an einen Ort außerhalb Okinawas (AS, 24.02.2010).

In der dritten Verhandlungsphase suchte Hatoyama trotz heftigen Widerstands auf allen Seiten weiter nach der Unterstützung der USA und seiner Landsleute für etwaige Alternativpläne. Anlässlich des sogenannten Nukleargipfels am 12. und 13. April 2010 in Washington versuchte Hatoyama ein bilaterales Treffen mit Obama zu arrangieren. Die US-Administration lehnte dies ab, statt dessen bekam Hatoyama beim Abendessen einen Platz neben Obama zugewiesen. In der etwa zehnminütigen Konversation der beiden meldete Obama Zweifel an Hatoyamas Durchsetzungsfähigkeit an (*TDY*, 19.04.2010). Hatoyama verlor nun auch innerhalb seiner Partei den Rückhalt

und so knüpfte er die Lösung der Futenma-Frage an seine politische Existenz (AS, 24.04.2010):

Für die Durchsetzung meiner politischen Zielsetzungen, auch für die Verlegung Futenmas, bin ich bereit mit meinem Amt zu haften.

すべての政策に職を賭す覚悟で臨んでいるのは当然のことで、その中に普天間移設 先の問題も当然含まれている。

Anfang Mai reiste Hatoyama nach Okinawa und erklärte Gouverneur Nakaima, dass es schwierig sei, Futenma an einen Ort außerhalb Okinawas zu verlegen. Um einen politischen Schaden für seine Partei abzuwenden, erklärte er darüber hinaus, dass sein Kommentar, ein Ersatzstandort für Futenma müsse außerhalb der Präfektur Okinawas gefunden werden, mehr seine Meinung als Privatperson gewesen sei, denn ein offizielles Wahlversprechen seiner Partei (*TDY*, 07.05.2010). In Okinawa wuchs auch in dieser Phase der Protest weiter. Am 25. April 2010 kam es in Yomitan zu einer Demonstration, an der etwa 90.000 Menschen teilnahmen (*AS*, 26.04.2010). Um diese Bewegung zu unterstützen, und Aufmerksamkeit für die Futenma-Frage in der amerikanischen Öffentlichkeit zu erzielen, schaltete ein neu gegründetes japanisch-amerikanisches Netzwerk von Stützpunktgegnern in der *Washington Post* eine ganzseitige Anzeige mit dem Titel "Would you want 30 military bases in your backyard?" (NO, 2011).

In der kurzen letzten Verhandlungsphase erklärte Hatoyama schließlich, dass man die amerikanische Seite nicht länger hinhalten dürfe und Japan und die USA einigten sich darauf, bis Ende Mai eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, welche die *Roadmap* weitestgehend bestätigen sollte (*AS*, 20.05.2010). Die USA begrüßten diesen Entschluss. Am 28. Mai 2010 verabschiedeten die Außen- und Verteidigungsminister der beiden Länder schließlich eine gemeinsame Erklärung, welche die Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluss bringen sollte. Als die SDP-Vorsitzende und Verbraucherschutzministerin Fukushima Mizuho sich weigerte, eine entsprechende Kabinettserklärung mitzutragen, entließ Hatoyama sie kurzerhand aus ihrem Ministeramt (*TDY*, 29.05.2010). Die SDP trat daraufhin aus der Koalition aus (*AS*, 31.05.2010). Nun erhöhte sich der Druck auf Hatoyama so sehr, dass er sich gezwungen sah, von seinem Amt zurückzutreten. Ihm folgten alle anderen Kabinettsmitglieder (*TDY*, 03.06.2010).

Im Verlauf dieser vier hier skizzierten Verhandlungsphasen schwankte in der japanischen Öffentlichkeit die Stimmung zwischen Sympathie für Okinawa und seine Belastungen einerseits und dem Anerkennen einer Notwendigkeit des

Bündnisses mit den USA für die Sicherheit Japans andererseits. Zu Beginn der Verhandlungen sympathisierten die Stellungnahmen vieler Journalisten und Leser, insbesondere in der liberalen Tageszeitung Asahi Shinbun mit der Seite Okinawas. Die Beiträge sahen den Kern der Futenma-Frage in der Struktur der Sicherheitsallianz und forderten die Beachtung der Friedensverfassung, die Revision des Sicherheitsvertrages und den Abzug des US-Militärs. Viele sahen die Sicherheit Japans durch den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarländern ausreichend geschützt (AS, 11.11.2009). Hatoyamas Handhabe des Problems wurde jedoch - obwohl eine Mehrheit die Neuverhandlung der Roadmap begrüßte – negativ bewertet (TMF, 2009). Gleichzeitig wurde auch die Rolle der Medien kritisch betrachtet, da vor allem diese es waren, die Hatoyama dazu drängten, eine Frist zur Problemlösung zu benennen (AS, 29.05.2010). Mit dem Fortschritt der Verhandlungen meldeten sich vermehrt Sicherheitsspezialisten zu Wort, die die Wichtigkeit des Abschreckungspotentials des US-Militärs in Okinawa, vor allem der Marines, insbesondere im Hinblick auf Nordkorea und China betonten (AS, 28.01.2010).

6 Die Two-Level Games der Hatoyama-Administration

Hatoyamas Ziel in den hier skizzierten Verhandlungen war die Erfüllung seines Wahlversprechens, die bilaterale Roadmap neu zu verhandeln und eine Verlegung des US-Militärstützpunktes Futenma an einen Standort außerhalb der Präfektur Okinawa zu erwirken. Innenpolitisch fand dieses Vorhaben Unterstützung bei den politischen Parteien der Regierungskoalition – DPJ, SDP und PNP – sowie unter der Vielzahl von subnationalen Interessengruppen in Okinawa. Problematischer gestaltete sich die Situation im Kabinett: Die Minister für Äußeres (Okada) und für Verteidigung (Kitazawa) und ihre Ministerialapparate zeigten sich bereits zu Beginn der Verhandlungen zögerlich, die bestehende Roadmap gegen den Widerstand der USA neu zu verhandeln. Hatoyama selbst beklagte im Rückblick, dass ihm während der gesamten Verhandlungsphase der Rückhalt dieser beiden zentralen Minister bzw. der beiden Ministerien insgesamt fehlte (Norimatsu, 2011). Obwohl die DPJ eine vom Kabinett geführte Politik anstrebte, musste sie sich nach ihrem Regierungsantritt doch in zahlreichen Bereichen auf die Expertise der Ministerialbürokratie verlassen; es stellte sich heraus, dass diese Abhängigkeit in der Tat auch dazu führte, dass die Gespräche um eine Neuverhandlung der Roadmap auf der Ministerialebene in Japan nur

schleppend in Gang kamen (Norimatsu, 2011). Die Opposition, insbesondere die größte Oppositionspartei LDP, welche die Roadmap ja noch selbst mitformuliert hatte, positionierte sich offen gegen die Revisions-Pläne der neuen Regierung. Für Hatoyama stellten die Verhandlungen, allem innenpolitischen Widerstand zu Trotz, eine Chance dar, seine Popularität in der Bevölkerung auszubauen. Das Futenma-Problem zog und zieht durch seine sicherheitspolitische Komponente in der japanischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit auf sich. Alleine in der Asahi Shinbun lassen sich im Zeitraum von September 2009 bis Mai 2010 im Durchschnitt etwa 350 bis 400 Artikel pro Monat zu diesem Thema finden. Die Mehrheit der Japaner (54%) befürwortete die Neuverhandlung der Roadmap und das Ziel einer ebenbürtigeren Beziehung Japans zu den USA (TMF, 2009). Trotzdem hielten vor allem die Mitglieder der intellektuellen Elite Japans die Allianz mit den USA für unverzichtbar, da sich nach wie vor eine große Mehrheit der Bevölkerung (67%) für den Erhalt des Friedensartikels in der Verfassung aussprach, der Japan den Unterhalt einer eigenen Armee untersagt (TMF, 2010).

Obamas Ziel in den Verhandlungen war die Durchführung der in der *Roadmap* festgehaltenen Pläne. Bedingt durch die fragile Sicherheitsarchitektur in der Region Asien-Pazifik und den vielfältigen Verpflichtungen und Interessen der USA, stellte die Durchführung der *Roadmap* für die USA die einzige Möglichkeit dar, zum einen ihren vertraglichen Pflichten nachzukommen, die Gefährdung der Anwohner Ginowans einzuschränken und zum anderen die Operationalität ihrer Truppen im Pazifik sicher zu stellen (U.S. DoS, 25.03.2010). Diese Ansicht teilten – als wichtigste nationale Interessengruppen – auch das amerikanische Militär und der Kongress (U.S. HoR, 17.03.2010). In der amerikanischen Öffentlichkeit, die zu diesem Thema weit weniger politisiert war als die japanische, wurde die neue Außenpolitik der Hatoyama-Administration kontrovers diskutiert. Es gab Experten, die sich für eine kompromissbereitere amerikanische Herangehensweise an das Problem aussprachen, aber auch jene, für die der Erhalt der Vormachtstellung der USA in der Region im Vordergrund stand (Klingner, 2009: 2; *TNYT*, 21.01.2010).

Hatoyamas win-set war dadurch, dass es unter den japanischen Interessengruppen auch solche gab, die sich offen für ein Festhalten an der Roadmap aussprachen, deutlich weiter gesteckt, als das der USA, welche von der relativen Geschlossenheit ihrer Interessengruppen profitierte. In den Verhandlungen prallten diese beiden ungleichen win-sets aufeinander. Hatoyama war daran gelegen, sein eigenes win-set zu verkleinern, um einen größeren Druck auf den Verhandlungspartner aufbauen zu können. Eine wichtige Rolle spielten hierbei vor

allem der wachsende Widerstand in Okinawa und die kompromisslose Haltung des Koalitionspartners SDP. Durch sein Wahlversprechen gab Hatoyama den Protestgruppen in Okinawa neue Hoffnung auf eine Erfüllung ihrer Forderungen. Das persönliche Engagement und das Verständnis, das er für die Belastungen der lokalen Bevölkerung an den Tag legte, mobilisierte indirekt diejenigen Gruppen in Okinawa, die den Stützpunktbau verhindern und eine Reduzierung der Militärpräsenz auf der Insel herbeiführen wollten. Die wachsende Mobilisierung der Protestbewegung zeigte sich besonders deutlich in den ansteigenden Zahlen der Demonstrationsteilnehmer, besonders bei den beiden Großdemonstrationen im November 2009 und im April 2010. Nach und nach vereinigte sich auch die lokale Politik Okinawas hinter den Zielen der Protestbewegung. Empfahl Gouverneur Nakaima im September 2009 noch eine schnelle Durchführung der Roadmap, so forderte er im Verlauf der Verhandlungen immer vehementer die Erfüllung der Wahlversprechen. Auch der Wahlsieg des Stützpunktgegners Inamine in der Stadt Nago im Januar 2010 und die Resolution des Präfekturparlaments im darauffolgenden Februar gegen eine Verlegung Futenmas innerhalb der Präfektur Okinawa waren Anzeichen für diese Entwicklung. Neben der erstarkten Protestbewegung in Okinawa trug auch die SDP mit ihrer Drohung, die Koalition zu verlassen, sollte das Wahlversprechen nicht erfüllt werden, zur Verkleinerung des japanischen win-sets bei. Die Haltung der SDP begründet sich in ihrem Grundsatzprogramm: sie ist dem Friedensartikel in der japanischen Verfassung in besonderem Maße verbunden, lehnt den Sicherheitsvertrag mit den USA grundsätzlich ab und hält auch die Selbstverteidigungsstreitkräfte Japans für verfassungswidrig (SDP, 2006).

Um das amerikanische win-set zu erweitern, suchten die japanischen Interessengruppen auf verschiedenen Ebenen den Kontakt mit ihrer "Gegenseite". So suchte etwa Gouverneur Nakaima im Dezember 2009 den amerikanischen Botschafter Roos auf, um ihm den Standpunkt Okinawas zu verdeutlichen (AS, 01.12.2009a). Die SDP entsandte im Januar 2010 die Unterhausabgeordnete und Vorsitzende des Politikforschungsrates der Partei, Tomoko Abe, in die USA, wo sie sich unter anderem mit der Kongressabgeordneten aus Guam, Madeleine Z. Bordallo traf (AS, 16.01.2010). Auch zivilgesellschaftliche Gruppen in Okinawa suchten verstärkt Kontakt zu den USA. Ende Februar 2010 gründete sich – initialisiert von japanischen Nichtregierungsorganisationen wie Peace Depot, Peace Boat, WWF Japan und Greenpeace Japan – ein Netzwerk verschiedener japanischer und okinawischer Gruppen, Akademiker, Schriftsteller, Journalisten und Musiker. Dieses Netzwerk mit dem Namen Japan-U.S. Citizens for Okinawa Network (JUCON) fand sein amerikanisches Gegenstück im Network for

Okinawa (NO). Das Network for Okinawa gründete sich Anfang März 2010 auf eine Initiative des Institute for Policy Studies in Washington hin (JUCON, 2011). Zu den Mitgliedorganisationen des NO zählen neben anderen die American Conservative Defence Alliance, das Center for Biological Diversity, die United Methodist General Board of Church and Society, die Veterans for Peace und die Women for Genuine Security. Das erste Ziel dieses transnationalen zivilgesellschaftlichen Bündnisses war, das Thema Futenma in den USA bekannter zu machen. Dazu sollte die ganzseitige Anzeige in der Washington Post mit dem Titel "Would You Want 30 Military Bases in Your Backyard?" dienen, welche das Bündnis am 28. April 2010 schaltete. Das Network for Okinawa richtete außerdem eine Homepage zur Unterstützung einer "Close the Base"-Kampagne ein, auf der amerikanische Bürger eine Petition gegen den Stützpunktbau unterzeichnen oder eine Nachricht an einen Kongressabgeordneten schicken konnten (NO, 2011).

Zu Hatoyamas Nachteil auf der nationalen Ebene wirkte sich das Gebaren der politischen Opposition aus, die sehr bald seinen Rücktritt forderte; ebenso die gespaltene öffentliche Meinung in Japan. Die offene Sympathie vieler Japaner mit dem Anliegen Okinawas verlieh seiner Position zwar zunächst Nachdruck, doch je mehr sich Sicherheitsspezialisten aus der Wissenschaft in die Diskussion einbrachten und dabei auf diverse sicherheitspolitische Bedrohungen Japans aufmerksam machten, desto mehr stieg auch eine allgemeine Verunsicherung. Dieser Stimmungsumschwung zumindest eines Teils der Bevölkerung begründet sich vor allem auch im Cheonan-Zwischenfall, der die Bedrohungssituation abermals vor Augen führte. Ende März 2010 wurde das südkoreanische U-Boot Cheonan vor der eigenen Küste von einem nordkoreanischen Torpedo versenkt (Suh, 2010: 403). Um der Opposition aber auch der Wählerschaft seine Ernsthaftigkeit zu beweisen, forcierte Hatoyama das Einrichten einer bilateralen Arbeitsgruppe zu Futenma und ließ sich schließlich auf eine Frist zur Lösung des Problems ein. Die Frist, die Hatoyama Ende Dezember bestätigte, diente auch dazu, die Wahlen in Nago im Januar abwarten zu können, aus denen - mit der Wahl eines Stützpunktgegners zum neuen Bürgermeister – der Premierminister selbst schließlich in seiner Verhandlungsposition gestärkt hervorging. Darüber hinaus suchte Hatoyama mehrfach den persönlichen Kontakt zu Obama, um auf dieser Ebene Verhandlungfortschritte zu erzielen.

Obama jedoch verweigerte persönliche Beratungen auf der Premierministerebene und kritisierte die Person Hatoyamas öffentlich. Diese Kritik blieb auch in der japanischen Öffentlichkeit nicht ohne Effekt. Auch die wiederholt geäußerten Drohszenarien der amerikanischen Unterhändler, wie etwa die Um-

siedlung der Marines nach Guam abzubrechen oder die Landebahn Futenmas zu renovieren und für einen noch längeren Gebrauch einzurichten, verunsicherten die japanische Seite. Darüber hinaus wirkten die USA vor allem auf der Ministerialebene auf Japan ein. Am 4. Mai 2011 veröffentlichte die Asahi Shinbun eine Artikelserie zu "The Truth Behind Japan-U.S. Ties", in der sie etwa 7.000 durch WikiLeaks¹³ in Umlauf gebrachte diplomatische Depeschen zwischen der amerikanischen Botschaft in Tokyo und dem Außenministerium in Washington untersuchte. Die Untersuchung ergab, dass die USA bereits vor dem Wahlsieg der DPJ auf Schlüsselpersonen in der Partei einwirkten, die daraufhin den amerikanischen Interessen gegenüber aufgeschlossener waren. Sie legt außerdem die Vermutung nahe, dass die USA davon ausgingen, dass Tokyo die Roadmap bestätigen würde, wenn die USA konsequent alle Alternativvorschläge ablehnen würden (AS, 04.05.2011). Auch nach dem Amtsantritt Hatoyamas wirkte die USA auf die Ministerial- und Parlamentsebene in Japan ein. So entsandten sie etwa im Januar 2010 einen Senator japanischer Abstammung, Daniel Inouve, nach Japan, der dort in Gesprächen mit dem Verteidigungsminister, dem Außenminister und anderen DPJ-Mitgliedern eine schnelle Lösung des Problems anmahnte (AS, 15.01.2010). In einem weiteren Schachzug wirkten amerikanische Unterhändler auch auf die japanische Opposition ein: so traf sich beispielsweise Kurt Campbell Anfang Mai mit Mitgliedern der LDP und mahnte die Gefährdung der Beziehungen an (TDY, 07.03.2010).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Hatoyama in den Verhandlungen um die Verlegung Futenmas an einen Ort außerhalb der Präfektur Okinawa aufgrund zweier Faktoren scheiterte. Erstens gelang es Hatoyama auf der nationalen Ebene nicht, die Interessengruppen untereinander so zu formen, dass er durch ein kleines nationales win-set auf der internationalen Ebene Stärke hätte zeigen können. Zwar zogen seine Handlungen eine erstarkte Protestbewegung in Okinawa nach sich, die sich auch auf die lokale Politik auswirkte. Ausschlaggebend für den Misserfolg der Verhandlungen waren aber die gefestigte Opposition in den Reihen der eigenen Partei sowie in den Ministerialapparaten und die gespaltene öffentliche Meinung in Japan. Der zweite Faktor für Hatoyamas Scheitern war das Verhandlungsgeschick der USA und ihre Vormachtstellung in Sicherheitsfragen durch die vertraglichen Rahmenbedingungen des japanischamerikanischen Sicherheitsbündnisses. Die USA haben durch geschicktes Ein-

¹³ WikiLeaks ist eine im Jahr 2007 gegründete internetbasierte Enthüllungsplattform, die unter anderem Botschaftsdepeschen veröffentlichte, welche bis dato der Geheimhaltung unterlagen.

wirken auf Schlüsselgruppen in Japan das japanische win-set weit gehalten, während ihr eigenes win-set mit nur einer Lösungsoption während der gesamten Verhandlungen denkbar klein war. Dass sie ihr win-set so klein halten konnten, verdanken sie der rechtlich bindenden Verträge mit der japanischen Seite und der fragilen Sicherheitsarchitektur in der Region.

7 Fazit

Die Analyse der *Two-Level Games* der japanischen Regierung unter Yukio Hatoyama in der Futenma-Frage zeigt deutlich die Interdependenzbeziehung zwischen Okinawa, Japan und den USA und deren interne Machtzentren, hier in aufsteigender Folge gereiht. Die japanische Regierung findet sich eingekeilt im Spannungsfeld zwischen den USA und Okinawa und sieht sich sowohl auf der (sub)nationalen als auch der internationalen Ebene strategischen politischen Dilemmata ausgeliefert. Einerseits muss sie ihre Bündnispflichten den USA gegenüber einhalten – insbesondere das Bereitstellen von Land zur militärischen Nutzung zählt dazu –, andererseits hatte sie die lokalen Bedürfnisse in Okinawa zu befriedigen, d.h. eine Erleichterung der Belastungen durch die hohe US-Militärpräsenz vor Ort schaffen, um die lokale Situation nicht eskalieren zu lassen.

Hatoyamas Scheitern in der Lösung der Futenma-Frage war insbesondere in der Gespaltenheit seiner eigenen Partei und in diversen Machtrangeleien zwischen Politik und Bürokratie begründet. Es manifestierte sich in seinem Rücktritt und dem Erlass des Joint Statement vom 28. Mai 2010, welches die Phase der konfrontativen Verhandlungen zwischen Japan und den USA beendete. In dem Maße, in dem sich die bilateralen japanisch-amerikanischen Beziehungen erholten, zeichnete sich zwischen der Zentralregierung in Tokyo und der Präfektur Okinawa ein Konflikt ab. Kan Naoto wurde am 4. Juni 2010 zum neuen Ministerpräsidenten und damit zu Hatoyamas Nachfolger gewählt. Das neue Manifest der DPJ Genkina Nihon o fukkatsu saseru (元気な日本を復活させる Wiederbeleben eines gesunden Japans) legte fest, dass das Futenma-Problem den bestehenden Verträgen zufolge geregelt werden sollte. Es versprach der Präfektur Okinawa Unterstützung für die Entwicklung seiner Wirtschaft (DPJ, 2010: 11). Diese Haltung der DPJ hatte auch nach dem Amtsantritt des nächsten Premierministers Noda Yoshihiko am 13. September 2011 weiterhin Bestand (DPJ 27.02.2012). Das Verhältnis der Zentralregierung zur Präfektur blieb angespannt. Ende 2011 kam es anlässlich der Zustellung des von der japanischen Regierung erstellten *Environmental Impact Statements* (EIS) zu einer erneuten großen Protestwelle in Okinawa.¹⁴ Ein weiterer Grund für anhaltenden lokalen Protest war und ist auch die Stationierung von Flugzeugen des umstrittenen neuen Typs MV-22 Osprey am Stützpunkt Futenma seit Herbst 2012 (*TNYT*, 01.10.2012).

Diese jüngsten Entwicklungen bestätigen, dass die lokale Opposition aus den vergangenen Jahren der DPJ-Regierungen (2009–2012) zwar gestärkt hervorgegangen ist, die japanische Regierung jedoch seit dem Rücktritt Hatoyamas 2010 außen- und sicherheitspolitisch wieder in vollem Maße den Ansprüchen der USA Folge leistet. Dass die okinawische Opposition in naher Zukunft zu erneuten Spannungen in den japanisch-amerikanischen Beziehungen führen wird, mag angesichts des Wahlsiegs der LDP Ende 2012 jedoch bezweifelt werden.

Literaturverzeichnis

ACHENBACH, Ruth

"Die Ursprünge der Debatte um Japan als 'normaler Staat' in der japanischen Taiwan-Politik von 1969–1978." *NOAG* 2009.10 (185/186): 123–152.

AS (ASAHI SHINBUN 朝日新聞)

- 03.09.2009a "Nyūsu ga wakaran! 300 Giseki kosu Minshu, naze Renritsu ja ニュースがわからん! 300議席こす民主、なぜ連立じゃ." S. 2, Morgenausgabe.
- 03.09.2009b "Futenma Gōi minaosazu: Minshu Kōyaku meguri Hatsugen 普天間合意見直さず: 民主公約めぐり発言." S. 1, Abendausgabe.
- 19.09.2009 'Futenma Nichibei mazu ha Taiwa 普天間日米まずは対話." S. 3, Morgenausgabe.
- 11.11.2009 'Nichibei Kankei o Nemoto kara minaose 日米関係を根元から見直せ." S. 12, Morgenausgabe.
- Die Zustellung des Berichts zur Umweltverträglichkeit des Stützpunktbaus in Henoko durch das lokale Verteidigungsbüro an die Präfekturverwaltung wurde von Aktivisten verhindert. Die Zentralregierung ließ den Bericht daraufhin in einer nächtlichen Aktion an die Präfekturverwaltung ausliefern. Entgegen vorangegangenen Untersuchungen, stellt dieser Bericht keine Gefährdung des Okinawa Dugong (Seekuh) durch den Stützpunktbau fest (McCormack/Sakural/Urashima, 2012).

- 14.11.2009 "Nichibei Dōmei Shinka o Kyōchō: Obama Daitōryō rainichi, Shushō to Kaidan 日米同盟進化を強調、オバマ大統領来日、首相と会談." S. 1, Morgenausgabe.
- 01.12.2009a "Futenma no Isetsu: Kengai Kitai Takai 普天間の移設: 県外期待高い." S. 34, Morgenausgabe.
- 01.12.2009b "Shushō Shiren no 12 Gatsu 首相試練の12月." S. 2, Morgenausgabe.
- 09.12.2009 "Nichibei Futenma Kyōgi Chūdan he, Bei: Gōi ga kowareru 日米普 天間協議中断へ、米: 合意がこわれる." S. 1, Morgenausgabe.
- 15.12.2009 'Futenma 5 Gatsu made ni Ketsuron: Shushō Hōshin, Bei ni Tsū-koku he 普天間5月までに結論: 首相方針、米に通告へ." S. 1, Morgenausgabe.
- 13.01.2010 "Dōmei Shinka he Kakuryō Kaigi: Futenma ha Heikōsen 同盟深化 へ閣僚会議: 普天間は平行線." S. 1, Abendausgabe.
- 15.01.2010 "Inoue-Gi'in Bōeishō to Kaidan: Futenma ha hayaku Kaiketsu o イノウエ議員防衛省と会談: 普天間は早く解決を." S. 4, Morgenausgabe.
- 16.01.2010 "Kengai Kokugai shika Kanōsei ga nai: Shamin Abe-shi, Bei Gi'in ni 県外国外しか可能性がない: 社民阿部氏、米議員に." S. 4, Morgenausgabe.
- 28.01.2010 'Futenma no Kakushin: Kaiheitai no Yoshiryoku o Kenshō seyo 普 天間の確信: 海兵隊の世視力を検証せよ." S. 21, Morgenausgabe.
- 24.02.2010 'Futenma Kengai Isetsu o: Okinawa Kengikai ga Ikensho 普天間県外移設を: 沖縄県議会が意見書." S. 18, Abendausgabe.
- 07.03.2010 "Ōshima-shi Futenma miketchaku nara Taijin o: Shushō Jitsugen he Kakugo 大島氏普天間未決着なら退陣を: 首相実現へ覚悟." S. 2, Morgenausgabe.
- 29.03.2010 "Futenma Jidai de Renritsu Ridatsu Shisa 普天間自大で連立離脱示唆." S. 2, Morgenausgabe.
- 24.04.2010 "Shoku o tosu, Futenma Isetsu Mondai fukumu 職をとす、普天間移設問題含む." S. 4, Morgenausgabe.
- 26.04.2010 "Futenma Kengai he Ketsugi: Chiji ha Meigen sezu 普天間県外へ 決議: 知事は名言せず." S. 1, Morgenausgabe.
- 20.05.2010 "Futenma Tsukinai ni Kyōdō Seimei: Henoko Isetsu o Meiki 普天月内に共同声明: 辺野古移設を明記." S. 1, Morgenausgabe.
- 29.05.2010 "Futenma Kōtai Media ni mo Sekinin 普天間交代メディアにも責任." S.16, Morgenausgabe.

- 31.05.2010 "Shuchō Sen'eika: Shamin no Kake 首相先鋭化、社民の賭け." S. 2, Morgenausgabe.
- 04.05.2011 "The Truth behind Japan-U.S. Ties." http://www.asahi.com/english/TKY201105040063.html (04.05.2011).
- BERGER, Thomas U. / Mike M. MOCHIZUKI / TSUCHIYAMA Jitsuo (Hg.)
- Japan in International Politics: The Foreign Policies of an Adaptive State. Boulder: Lynne Rienner.

BENZ, Arthur (Hg.)

2004 Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag.

BROOKS, WILLIAM L.

- The Politics of the Futenma Base Issue in Okinawa: Relocation Negotiations in 1995–1997, 2005–2006. Asia-Pacific Policy Paper Series, No. 9. Washington: the Edwin O. Reischauer Center for East Asian Studies, John Hopkins University.
- CHANLETT-AVERY, Emma / William H. COOPER / Mark E. MANYIN
- 24.03.2011 Japan-U.S. Relations: Issues for Congress, Congressional Research Service.

http://www.fas.org/sgp/crs/row/RL33436.pdf (14.04.2011).

DPJ (DEMOCRATIC PARTY OF JAPAN)

- 2008 Okinawa Bijon 2008 沖縄ビジョン2008. http://www.dpj.or.jp/news/files/okinawa(2).pdf (11.11.2010).
- 09.09.2009 Santō Renritsu Seiken Gōisho 三党連立政権合意書. http://www.dpj.or.jp/news/files/20090909goui.pdf (21.02.2011).
- 2009 Manifesuto Seikenkōtai マニフェスト政権交代. http://www.dpj.or.jp/special/manifesto2009/pdf/manifesto_2009.pdf (10.11.2010).
- 2010 Manifesto: Genkina Nihon o Fukkatsu saseru マニフェスト: 元気な日本を復活させる. http://www.dpj.or.jp/special/manifesto2010/data/manifesto2010.pdf (10.11.2010).
- 27.02.2012 "Noda Sōri Nakaima Chiji to Kaidan: Okinawa Fukkyō to Kichifutan Keigen o Zenshin suru Toshi to Ketsui o Hyōmei 野田総理仲井真知事と会談: 沖縄振興と基地負担軽減を前進する年と決意を表明."
 - http://www.dpj.or.jp/article/100792 (19.01.2013)

GIARRA, Paul S.

"U.S. Bases in Japan: Historical Background and Innovative Approaches to Maintaining Strategic Presence." In: Michael J. GREEN / Patrick M. CRONIN (Hg.): *The U.S.-Japan Alliance: Past, Present and Future.* New York: Council on Foreign Relations Press, S. 114–138.

HUGHES, Christopher W.

Japan's Reemergence as a 'Normal' Military Power. Adelphi Papers No. 44, Issue 368–369. London: Institute for Strategic Studies.

JACKSON, Robert / Georg SØRENSEN

2003 Introduction to International Relations: Theories and Approaches. Oxford: Oxford University Press.

JU (JAPAN UPDATE)

02.10.2009 "Defense Minister Remains Opposed to Henoko Airfield in Principle." http://www.japanupdate.com/?id=9833 (03.03.2011).

29.10.2009 "Hatoyama, Key Ministers Split on Futenma." http://www.japanupdate.com/?id=9897 (03.03.2009).

JUCON (JAPAN-U.S. CITIZENS FOR OKINAWA NETWORK)

2011 "Chura Umi, Okinawa ni Kichi ha iranai! Kyanpēn 美ら海、沖縄に基地いらない! キャンペーン." http://jucon.exblog.jp/ (08.04.2011).

KATZENSTEIN, Peter / SHIRAISHI Takashi (Hg.)

2006 Beyond Japan: The Dynamics of East Asian Regionalism. Ithaca: Cornell University Press.

KEOHANE, Robert O. / Joseph S. NYE

1987 "Power and Interdependence Revisited." *International Organization* 41.4: 725–753.

KLINGNER, Bruce

2009 U.S. Should Stay Firm on Implementation of Okinawa Force Realignment. Backrounder No. 2352. Washington: The Heritage Foundation.

KKT (KOKURITSU KOKKAI TOSHOKAN)

2004 *Kenpō Jōbun* 憲法条文. http://www.ndl.go.jp/constitution/etc/j01.html#s2 (22.08.2012).

KÖLLNER, Patrick

2009 Erdrutschsieg der Opposition in Japan: Hintergründe und Perspektiven. GIGA Focus Asien No. 9. Hamburg: German Institute for Global and Area Studies (GIGA).

McCormack, Gavan / Sakurai, Kunitoshi / Urashima, Etsuko

07.01.2012 "Okinawa, New Year 2012, Tokyo's Year End Surprise Attack." *The Asia Pacific Journal: Japan Focus* 10.2.1.

http://www.japanfocus.org/-Urashima-Etsuko/3673 (19.01.2013).

MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF JAPAN)

- 1960a Treaty of Mutual Cooperation and Security between Japan and the United States of America 1960.

 http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/q&a/ref/1.html
 (22.10.2010).
- 1960b Agreement Regarding the Status of United States Armed Forces in Japan 1960.

 http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/q&a/ref/2.html
 (22.10.2010).
- 1996 The SACO Final Report 1996. http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/96saco1.html (25.10.2010).
- 2006 *United States-Japan Roadmap for Realignment Implementation*. http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/scc/doc0605.html (14.12.2010).
- Agreement between Japan and the US on the Implementation of the Relocation of III Marine Expeditionary Force Personnel and Their Dependents from Okinawa to Guam.

 http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2009/7/1193664_1138.html (20.08.2012).

MORAVCSIK, Andrew

"Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining." In: Peter B. EVANS / Harold K. JACOBSON / Robert D. PUTNAM (Hg.): Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics. London: University of California Press, S. 3–42.

NO (NETWORK FOR OKINAWA)

2011 Close The Base. http://closethebase.org/about/> (08.04.2011). NORIMATSU, Satoko

"Hatoyama's Confession: The Myth of Deterrence and the Failure to Move a Marine Base outside Okinawa." *The Asia Pacific Journal: Japan Focus* 9.3.3.

http://www.japanfocus.org/-Norimatsu-Satoko/3495 (28.03.2011).

OCK (OKINAWA-KEN CHIJI KŌSHITSU 沖縄県知事皇室)

2010 Okinawa no Beigun oyobi Jiētai Kichi (Tōkei Shiryōshū) 沖縄の米軍 および自衛隊基地 (統計資料集). Naha: OCK.

PAJON, Céline

2010 Understanding the Issue of U.S. Military Bases in Okinawa. Asie. Visions No. 29. Paris: Institue Français des Relations Internationales (IFRI).

POHL, Manfred

"Die japanische Innenpolitik 2009/2010: Schwerpunkte und Tendenzen." In: David CHIAVACCI / Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2010. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.* Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung, S. 23–59.

PUTNAM, Robert D.

"Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games." *International Organization* 42.3: 427–460.

RS (RYŪKYŪ SHINPŌ 琉球新報)

20.07.2009 "Futenma, Kengai Isetsu 'Kōdō suru' Minshutō Hatoyama Daihyō 普天間、県外移「行動する」民主党鳩山代表." http://ryukyushimpo.jp/news/storyid-147365-storytopic-3.html (10.01.2011).

SAMUELS, Richard J.

2007 Securing Japan: Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia. Ithaca: Cornell University Press.

SDP (SOCIAL DEMOCRATIC PARTY)

2006 Rinen 理念. http://www5.sdp.or.jp/vision/vision.htm (22.08.2012). SUH, Jae-Jung

"Race to Judge Rush to Act." Critical Asian Studies 42.3: 403–424.

TANЛ, Miyume

2006 Myth, Protest and Struggle in Okinawa. Abingdon: Routledge.

TDY (THE DAILY YOMIURI)

22.10.2009 "Gates Prods Tokyo on Futenma Relocation." S. 1.

23.12.2009 "Clinton Summons Envoy over Okinawa." S. 1.

07.03.2010 "Campbell Says Airfield Feud Could Affect Ties." S. 1.

19.04.2010 "Obama Airs Futenma Doubts to PM: President Asks 'Can You Follow Through?'." S. 1.

07.05.2010 "Outside Prefecture wasn't Pledge: PM Denies Stump Statement on Futenma was DPJ Campaign Promise." S. 2.

29.05.2010 "PM Sacks Fukushima over Base Discord." S. 1.

03.06.2010 "Hatoyama Quits as PM: Ozawa Resigns as DPJ No. 2 as Party Woes Grow." S. 1.

TG (THE GUARDIAN)

02.06.2010 "Japan's Prime Minister Yukio Hatoyama Resigns."

http://www.guardian.co.uk/world/2010/jun/02/japan-prime-minister-yukio-hatoyama-resigns (20.08.2012).

TJT (THE JAPAN TIMES)

20.11.2009 "Hatoyama to Obama on Protracted Futenma Base Relocation: Just Trust Me."

http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20091120a7.html (04.04.2011).

26.01.2010 "Futenma Shift to Nago just Became Taller Order."

http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20100126a6.html (30.04.2011).

TMF (THE MANSFIELD FOUNDATION)

2009 Asahi Shinbun November 2009 Regular Public Opinion Poll. http://www.mansfieldfdn.org/polls/2009/poll-09-28.htm (25.03.2011).

2010 Asahi Shinbun April 2010 Regular Opinion Poll. http://www.mansfieldfdn.org/polls/2010/poll-10-12.htm (25.03.2011).

TNYT (THE NEW YORK TIMES)

21.01.2010 "A New Japan, A New Asia."

(22.04.2011).

01.10.2012 "US Sends Aircraft to Okinawa, Despite Fierce Opposition."

(19.01.2013).">http://www.nytimes.com/2012/10/02/world/asia/united-states-military-sends-ospreys-to-okinawa-despite-fierce-opposition.html?_r=0>(19.01.2013).

TRUMBORE, Peter F.

"Public Opinion as a Domestic Constraint in International Negotiations: Two-Level-Games in the Anglo-Irish Peace Process." *International Studies Quarterly* 42.3: 545–565.

U.S. DOD (U.S. DEPARTMENT OF DEFENCE)

2010 Quadrennial Defence Review Report, February 2010. http://www.defense.gov/qdr/qdr%20as%20of%2029jan10%201600.pdf (14.04.2011).

- U.S. DOS (U.S. DEPARTMENT OF STATE)
- 25.03.2010 U.S. Military Overview of the Asia-Pacific, State Department Foreign Press Conference: FPC Briefing by Admiral Robert Willard. http://fpc.state.gov/139060.htm (21.12.2010).
- U.S. GAO (U.S. GENERAL ACCOUNTING OFFICE)
- Overseas Presence: Issues Involved in Reducing the Impact of the U.S. Military Presence on Okinawa. http://www.gao.gov/archive/1998/ns98066.pdf (14.04.2011).
- U.S. HOR (U.S. HOUSE OF REPRESENTATIVES)
- 17.03.2010 Committee on Foreign Affairs, Subcommittee on Asia, the Pacific, and the Global Environment: Opening Statement by Donald A. Manzullo.
 - http://foreignaffairs.house.gov/111/man031710.pdf (23.04.2011).

VOGT, Gabriele

- 2003 Die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa: Innen- und Außenpolitische Dimensionen 1995–2000. München: Iudicium.
- 2005a "Ein David, zwei Goliaths: Der Fall Henoko." *Japan Markt* April: 30–32.
- 2005b "Quo Vadis, Futenma? Zur Transnationalisierung des politischen Protestes in Okinawa." In: Manfred POHL / Iris WIECZOREK (Hg.): *Japan 2005. Politik und Wirtschaft.* Hamburg: Institut für Asienkunde, S.255–276.
- 2012 "A Women's World? Contentious Politics and Civil Society in Okinawa." *Minikomi* 82: 19–26.
- YS (YOMIURI SHINBUN 読売新聞)
- 31.08.2009 "Minshu 308: Seiken Kōtai 民主308: 政権交代." S. 1, Morgenausgabe.
- 14.10.2009 "Dōmei Jūshi o Kyōchō: Beikoku Hanare ni Ken'en mo 同盟重視を強調: 米国離れに懸念も." S. 6, Morgenausgabe.